

Mitgliederversammlung 2021

Samstag, 17. April 2021, 9.30 Uhr
Digital

Anträge



SPD Unterbezirk Kassel-Stadt, Humboldtstr. 8 A, 34117 Kassel

Mitgliederversammlung am 17. April 2021

Antrag Nr. B 1

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD Bundesparteitag
SPD Bundestagsfraktion
Juso Bundeskonferenz

Betrifft: Das Recht auf Geld verdienen für Jugendliche
in ALG II Familien

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

1

2 **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

3

4 Wir fordern die sozialdemokratischen Vertreter*innen in den entsprechenden
5 Parlamenten dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass der Grundfreibetrag bei
6 Jugendlichen in Bedarfsgemeinschaften, deren Erziehungsberechtigte ALG II
7 beziehen, von 100€ auf 450€ angehoben wird. Wir fordern zudem eine
8 Sanktionsfreiheit bei Jugendlichen in ALG II beziehenden Familien anstelle der 80%
9 Abzug bei einem Einkommen über dem Grundfreibetrag.

10

11 **Begründung:**

12

13 Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Welt, dennoch befindet sich jedes fünfte
14 Kind in Deutschland in Armut.

15

16 Jugendliche, dessen Eltern oder Erziehungsberechtigte Leistungen vom Staat erhalten, sind
17 Teil einer Bedarfsgemeinschaft. Als Teil dieser Bedarfsgemeinschaft, erhalten Jugendliche
18 einen Grundfreibetrag von 100€. Sie dürfen zwar bis zu 872€ verdienen, jedoch wird jeder
19 Euro den sie über dem Grundfreibetrag von 100 Euro hinaus verdienen, zu 80% abgezogen
20 und auf den Kinderzuschlag angerechnet.

21

22 Das heißt für Jugendliche, die beispielsweise einen Minijob für 450€ ausüben, dass Ihnen
23 nur 170€ von ihrem erarbeiteten Geld übrigbleiben.

24

25 Als Folge wird Jugendlichen aus ALG II beziehenden Familien der Weg in die Arbeitswelt
26 erheblich erschwert und Anreize zum Arbeiten genommen. Das führt dazu, dass diese
27 Jugendlichen einem höheren Risiko ausgesetzt sind in Zukunft auch auf Grundsicherung
28 angewiesen zu sein.

29

30 Als SPD stehen wir in der Verantwortung Die Agenda Politik umzugestalten, sodass Kinder
31 und Jugendliche aus ALG II beziehenden Familien gleiche Chancen haben und nicht aus
32 dem sozialen Leben ausgeschlossen werden.

33
34
35
36

Auch die Praxis der Sanktionen ist für uns ein Armutsförderungsprogramm und ist nicht mit unserer Idee eines aktiven und solidarischen Sozialstaats vereinbar

Mitgliederversammlung am 17. April 2021

Antrag Nr. B 2

Antragsteller: SPD-Ortsverein Nord-Holland

Adressat:

Betrifft: Antrag zum Bundestagswahlprogramm 2021

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Die SPD möge eine verpflichtende Sozialauswahl für die Vermietung von Wohnraum,
2 zumindest aber für durch öffentliche Hand geförderten Wohnraum (z.B. Sozial-
3 wohnungen, staatliche Kredite, Förderprogramme) einführen.

4

5 Zusätzlich soll sich der sachliche Anwendungsbereich des AGG (Allgemeines
6 Gleichbehandlungsgesetz) auch auf die Vergabe von Wohnraum erstrecken.

7

8 **Begründung:**

9

10 In zahlreichen Städten und Gemeinden kommt es zunehmend zu einer Konzentration
11 bestimmter gesellschaftlicher Strukturen (z.B. einkommensschwache Haushalte, Menschen
12 mit Migrationshintergrund, Singlehaushalte). Die SPD möge sich daher für den Erhalt einer
13 heterogenen Bevölkerungsstruktur und gegen eine einseitige Sozialisierung von Stadtteilen
14 einsetzen.

15 Hierzu gehört neben der Zurverfügungstellung günstigen Wohnraums eine Steuerung des
16 Bezugs dieser Wohnungen. Bürgerinnen und Bürger mit nichtdeutschen Namen, Familien
17 mit Kindern oder Alleinerziehende werden regelhaft unabhängig ihrer
18 Einkommensverhältnisse als Mieter ausgeschlossen. Folglich werden sie in Stadtteile
19 verdrängt, in denen es zu einer Segregation dieser Menschen kommt. Die Herkunft eines
20 Namens eines Menschen oder sein Familienstand dürfen nicht zum Ausschluss vom
21 Wohnungsmarkt führen. Der Bund möge künftig eine entsprechende Sozialauswahl
22 vorschreiben oder entsprechende Anreize für die Anwendung einer solchen Sozialauswahl
23 schaffen. Mit der Erweiterung des Anwendungsbereiches des AGG auf die Vergabe von
24 Wohnraum kann darüber hinaus die Diskriminierung vermindert werden.

Mitgliederversammlung am 17. April 2021

Antrag Nr. B 3

Antragsteller: SPD-Ortsverein Nord-Holland

Adressat:

Betrifft: Antrag zum Bundestagswahlprogramm 2021

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Mit Ordnungsrecht und den 13 Milliarden Subventionsgeldern für die Tierindustrie
- 2 soll gegen die Tierindustrie vorgegangen werden.

3

4 **Begründung:**

5

- 6 Ohne einen massiven Rückgang der Tierproduktion können wir weder die Artenvielfalt er-,
- 7 noch das 1,5 Grad Ziel einhalten. Damit zumindest eine Chance auf eine gute
- 8 Lebensgrundlage besteht nutzen wir Ordnungsrecht und die mehr als 13 Milliarden Euro
- 9 Subventionen, die bislang jährlich in die Tierindustrie fließen, für einen Abbau der
- 10 Tierproduktion und eine Ernährungswende hin zu einem nachhaltigen Ernährungssystem.

11

Mitgliederversammlung am 17. April 2021

Antrag Nr. B 4

Antragsteller: SPD-Ortsverein Vorderer Westen

Adressat: SPD-Bezirksparteitag
SPD-Bundesparteitag

Betrifft: Schiene statt Turbine – Für einen Verzicht von inländischen Kurzstreckenflügen unter 500 Kilometern zu Gunsten von einem Ausbau des Streckennetzes.

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Ein Verzicht von allen inländischen Kurzstreckenflügen in einem Radius von 500
- 2 Kilometern. Als Alternative muss das Bahnnetz ausgebaut und verbessert werden.
- 3 Dabei spielen insbesondere Nachtzüge eine wichtige Rolle, da sie ein
- 4 komfortables Reisen auch über Strecken bis 1000 oder 1500 Kilometer (je nach
- 5 Reisegeschwindigkeit) ermöglichen. Die Bahn soll sich zudem wieder auf ihr
- 6 Kerngeschäft konzentrieren.

7

8 **Begründung:**

9

10 Seit Jahren nimmt die Erderwärmung in Riesenschritten zu. Der Flugverkehr ist die

11 klimaschädlichste Art des Reisens. Dabei sind Kurzstreckenflüge pro Kilometer noch einmal

12 besonders schädlich, da viel Energie bei Start und Landung verwendet wird.

13 Wenn man den CO₂ Ausstoß von Düsseldorf nach Frankfurt (Main) vergleicht, fällt auf, dass

14 auf 183 km Flugstrecke mindestens 55 kg CO₂ pro Passagier produziert werden, während der

15 Fahrgast der Bahn auf 10 kg kommt. ¹

16 Auch die Fahrtzeit ist kein Argument. Die Bahnreise Düsseldorf-Frankfurt braucht mit der

17 Direktverbindung im ICE 1 Stunde und 36 Minuten, die Flugzeit beträgt 50 Minuten. Wenn man

18 dann noch bedenkt, dass bei der Bahn das Ein- und Aussteigen wegfällt und man direkt in

19 Zentrum hält, ist die Bahn um einiges schneller.

20 Dasselbe gilt unter anderem auch für die Strecke Köln-Hamburg (357 km) oder auch Frankfurt

21 (Main)-München (305 km).

22 Unsere Forderung wird zudem von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung (71%) unterstützt.

¹ Unter <https://www.20min.ch/schweiz/news/story/So-schneiden--V--Auto-und-Flugzeug-im-Vergleich-ab-17063088> findet man noch andere Beispiele für den jeweiligen CO₂-Austoss.

Mitgliederversammlung am 17. April 2021

Antrag Nr. B 5

Antragsteller: AsF Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bundesparteitag
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
AsF-Bundeskonferenz
AsF-Landeskonferenz
AsF-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag

Betrifft: Catcalls sind keine Komplimente – Belästigungen strafbar machen

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass im Strafgesetzbuch bei §184i eingefügt wird: „(2
2 [neu]) Als sexuelle Belästigung gilt auch die verbale sexuelle Belästigung. Sexuelle
3 Nachrufe, Pfiffe und andere obszönen Aufforderung zur sexuellen Interaktion sind
4 ebenfalls ein Akt der sexuellen Belästigung.“
5

6 **Begründung:**

7
8 Unter „Catcalling“ versteht man die verbale sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum durch
9 Hinterherrufen, Pfeifen oder anderen obszönen Lauten.
10

11 Aus diesem Grund soll im § 184i StGB eingefügt werden, dass sexuelle Belästigung auch
12 bereits dann auf Antrag (siehe §184i (3)) strafrechtlich geahndet werden kann. Sexuelle
13 Belästigung liegt nicht erst dann vor, wenn "eine andere Person in sexuell bestimmter Weise
14 körperlich berührt und dadurch belästigt" wird, sondern bereits ab dem Moment, wenn eine
15 Person im öffentlichen Raum auch auf aggressive Weise verbal zu sexuellen Interaktionen
16 aufgefordert wird. Dabei können schon Äußerungen wie "geiler Arsch" oder "dich würde ich
17 gerne ficken" durchaus dazu führen, dass sich Frauen*Männer dadurch belästigt und
18 herabgewürdigt fühlen.
19

20 Bisher haben Menschen im öffentlichen Raum lediglich die Möglichkeit, die Nachrufe
21 hinzunehmen, da Catcalls auch nicht den Tatbestand nach §185 STGB (Beleidigung)
22 erfüllen. Das deutsche Recht benötigt daher eine Erweiterung, dass auch invasive
23 Äußerungen gegen die eigene Selbstbestimmung nach auf Antrag verfolgt werden können.
24 Ein Gesetz gegen Catcalling würde demonstrieren, dass verbale sexuelle Belästigung keine

25 Bagatelle ist.

26

27 In Frankreich ist Catcalling schon seit 2018 strafbar und wird mit Geldstrafen von bis zu 1500
28 Euro geahndet. Auch in Portugal, Belgien und in den Niederlanden ist Catcalling illegal.

29

30 Als großes Problem wird Catcalling über die Kriminalstatistiken auch erst dann in offiziellen
31 Zahlen sichtbar, wenn es einen spezifischen Straftatbestand darstellt. Eine repräsentative
32 Studie der Jean-Jaurés-Stiftung zeigt allerdings, dass 36% von 1000 befragten deutschen
33 Frauen angaben, sie würden regelmäßig in der Öffentlichkeit durch Catcalling belästigt.

34

35 Eine Petition mit fast 70.000 Unterschriften liegt bereits den Bundestag vor, diese wollen wir
36 mit unserem Antrag unterstützen.

Mitgliederversammlung am 17. April 2021

Antrag Nr. B 6

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt
Adressat: SPD-Bezirk Hessen-Nord
SPD Bund
Betrifft: SPD-Aufbruch - Zukunft nach Corona-Pandemie

angenommen abgelehnt überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 **Vorwort:**

2 Die SPD stellt als Teil ihres Programms für die Bundestagswahl 2021 ein schlüssiges
3 Gesamtpaket vor, welches mit den Schwerpunkten sozialer Gerechtigkeit,
4 wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit sowie der Sicherung unserer Lebensgrundlagen
5 auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie einfangen soll. Der Reformstau ist zu
6 überwinden und dabei vorzugsweise an bereits getroffene Beschlüsse - zu nennen ist
7 hier u.a. das Kasseler Manifest 2019 - anzuknüpfen. Ziel ist es, ein glaubhaftes und
8 politisch operativ rundes Gestaltungskonzept vorzuweisen.

9

10

11 **1. Kontrolle des Wirtschaftssystems**

12 Die Wirtschaft hat den Menschen und der Gesellschaft zu dienen, nicht umgekehrt.
13 Durch wirksame Aufsichtsmechanismen des Staates und seiner Verwaltungen ist die
14 Einhaltung von Gesetzen durch Unternehmen sicherzustellen. Viele Beispiele aus der
15 jüngsten Zeit haben aufgezeigt, dass wirtschaftliche Akteure häufig gegen Prinzipien
16 der sozialen Marktwirtschaft verstoßen. Die grundsätzlich positiven Kräfte der
17 unternehmerischen Freiheit dürfen nicht entgleisen und so durch Verstöße die
18 Bevölkerung oder andere Unternehmen belasten. Eine gute Demokratie braucht
19 Kontrollmechanismen durch die Bürgerinnen und Bürger – die soziale Marktwirtschaft
20 braucht Kontrollmechanismen für Unternehmen durch den Sozialstaat.

21 Um dies erreichen zu können, muss der Staat die Vorgaben und Aufsichtsmittel der
22 einzelnen Wirtschaftsbereiche vervollständigen. Die Förderung sozial wirkender
23 Wirtschaftsformen soll durch verschiedene Anreize bedarfsgerecht bspw. durch
24 Impulsfinanzierungen erfolgen. Im Punkt 10 wird hierauf genauer eingegangen.

25

26 **2. Qualifikation der Funktionsträger*innen**

27

28 Ein guter Sozialstaat kann nur durch leistungsfähige Verwaltung mit qualifizierten
29 Funktionsträger*innen organisiert werden. Um die Anforderungen erfüllen zu können,
30 müssen auch auf hochspezialisierten Gebieten die Mitarbeitenden mit den geeigneten
31 Mitteln modernen Personalmanagements nachhaltig geschult werden. Auch die
32 Vereinfachung von Rechtsgrundlagen und der Abbau von bürokratischen Hürden ein
33 wichtiger Schritt.

34

35 **3. Gesamtregelung der unterstützenden Leistungen zum Lebensunterhalt**

36 Eine vernünftige Gesamtregelung, ggfls. Neuregelung, der staatlichen Leistungen zum
37 Lebensunterhalt ist dringend erforderlich. Zusammentreffende Leistungsansprüche,
38 die in unterschiedlichen Teilzuständigkeitsbereichen entstehen, müssen besser
39 aufeinander abgestimmt und Ungerechtigkeiten entfernt werden. Um die
40 gesellschaftliche Akzeptanz und ein Gefühl für den Bedarf und die Effektivität zu
41 erhalten, müssen die Leistungen bedarfsgerecht und ohne Lücken erfolgen. Wir
42 fordern mit nachfolgenden Punkten, dies sicherzustellen, nämlich

43

- 44 - **eine** überschaubare und verständliche, **durchgängige Grundsicherung**
45 einzuführen.
- 46 - **diese Grundsicherung nicht bedingungslos zur Verfügung zu stellen,**
47 sondern an den individuellen materiellen und der beruflichen Situation zu
48 orientieren - mit **Vorrang eigenen Vermögens, Einkommens und**
49 **aktueller eigener Leistungsfähigkeit.**
- 50 - **hinderliche Anrechnungsverfahren** zwischen Leistungssträngen in
51 unterschiedlicher Behörden-Zuständigkeit und Intransparenz **möglichst zu**
52 **beseitigen.**

- 53 - die **Diskriminierung** von Leistungsempfänger*innen **durch Anrechnung**
54 von kinderbezogenen oder an besondere Unterstützungsbedarfe
55 anknüpfenden Zusatzleistungen zu **beseitigen**.
56 - für **Kinder** durchgängig **eigene Ansprüche** zu begründen.
57 - die **qualifizierte Beratung und Bearbeitung sicherzustellen** (Ziff. 2), mit
58 **nachvollziehbaren, partizipatorischen Leistungsverfahren** für alle.
59 - zum Bürokratieabbau konsequenter als bisher **Schnellbearbeitungen (mit**
60 **Abschlagszahlungen) mit vereinfachten Ausgleichsverfahren, etwa**
61 **nach Steuerrecht, z.B. negative Einkommenssteuer, zu verbinden.**

62
63

64 **4. Reform des Tarifvertragsrechts**

65 Die Reform des Tarifvertragsrechts mit dem Ziel einer breiteren
66 **Allgemeinverbindlichkeitserklärung** von Tarifverträgen ist ernsthaft in Angriff zu
67 nehmen.

68

69 **5. Reform auf dem Immobilien- und Mietensektor**

70 Die für mehr soziale Gerechtigkeit auf dem Immobilien-/Mietensektor erforderliche
71 **systematische Reform des Immobilien- und Mietrechts**, verbunden mit neuen
72 Anreizen für **öffentlichen und privaten Mietwohnungsbau**, notfalls unter
73 **Verfassungsergänzung**, parallel zum **Ausbau des Anteils an Sozialwohnungen**
74 und der **Wertsteigerungsabgabe** (Ziff. 10), ist baldmöglich zu beschließen und
75 umzusetzen.

76

77 **6. Nachhaltige Sicherung der Lebensgrundlagen**

78 Dafür sind bzw. ist vor allem:

- 79 - als Orientierungsrahmen in diesem Antrag zusammengefasste politische
80 Impulse und Perspektiven zu entwickeln, damit die dominierenden Einflüsse
81 des Klimawandels und der Digitalisierung im weitesten Sinne für die
82 Gestaltung einer lebenswerten Gesellschaft gesteuert werden können.
83 Dazu ist eine Enquetekommission beim Deutschen Bundestag einzusetzen,
84 deren Mitglieder je zu einem Drittel
85 aus der Mitte des Bundestags gewählt,

86 durch Losverfahren aus von Interessengruppen unabhängigen Bürgerinnen
87 und Bürgern ermittelt,
88 als Expert*innen der einschlägigen Politikbereiche vom Bundeskabinett
89 benannt
90 sind.

- 91 - für die Bewältigung der schon heute erkennbar notwendigen Entwicklungen
92 mit allen ihren Auswirkungen in Natur, Wirtschaft und Gesellschaft für
93 lebenswerte, sozial gerechte Lebensverhältnisse **alle** heutigen
94 Handlungsinstrumente **unter absolutem Vorrang der Zielwirksamkeit** auf
95 den Prüfstand zu stellen, ggf. neue zu entwickeln und **zu politischen**
96 **Entscheidung** zu bringen,
- 97 - bereits eingeleitete Maßnahmen zur Erreichung der Ziele des **Pariser**
98 **Klimaschutzabkommens** zu **beschleunigen** und für den deutschen Anteil
99 konsequent zu **vervollständigen**, insbesondere
100 -- für den **Klimaschutz einschließlich Energiewende** (mit Ausstieg aus der
101 Kohle und wenn möglich auch den anderen fossilen Energieträgern in der
102 Folge der bisherigen Entscheidungen auch zum **Atomausstieg** und zum
103 **Wasserstoff**) sowie
104 -- zur gesamtgesellschaftlichen **Mobilitäts- und Verkehrswende**
105 (einschließlich **funktionsfähiger Verkehrswege**, auch für Fahrradverkehr
106 und Fußgänger*innen, **in öffentlicher Hand**, unter Verwerfung der Public-
107 Private-Partnership) und mit ergänzender Qualifizierung der Öffentlichen
108 Hand (siehe Ziff. 2)),
109 -- für eine **Bauwende**, mit erneuerbaren und wieder nutzbaren Materialien,
110 gegen Wärme- und sonstigen Energieverlust, mit vernetzten Energie- und
111 Wärmesystemen, möglichst autarker und dezentraler Energieversorgung,
112 Beseitigung der CO2-Emissionen aus Betonproduktion usw.
- 113 - **eine umfassende Wasserstrategie** für Trinkwasser, landwirtschaftlich
114 erforderliches Wasser und sonstiges Brauchwasser für Deutschland i.V. mit
115 den Nachbarländern zu entwickeln,
- 116 - die noch sehr unzureichenden EU-Haushaltsbeschlüsse vom Herbst 2020
117 zur Landwirtschaftsförderung baldmöglichst konsequenter zu fassen, deutlich
118 wirksamer für einen höheren Anteil der gesamten Fördermittel mit
119 zwingenden Regeln und weiteren Anreizen, in Richtung stärkerer

120 Steuerungswirkung gegen **industrielle Lebensmittelproduktion im**
121 **Klimawandel**, zum Schutz der **Artenvielfalt** (z.B. auch Bienen), für
122 allgemeine Förderung **echter** biologischer Anbauweisen (nach staatlicher
123 Überprüfung), für besseren Tierschutz für die Nutztiere, für deutlichere und
124 schnellere Reduzierung des Pestizideinsatzes, für Unterstützung der
125 kleinstrukturierten Familienbetriebe und der regionalwirtschaftlich
126 orientierten Betriebe vor allem bei Bewirtschaftung eigenen Grund und
127 Bodens, zur Umstellung auf die Auswahl regenspeichernder Pflanzen in den
128 künftig zu erwartenden längeren Trockenperioden und gegen die
129 Verwendung und Vermarktung EU-subventionierter Produkte im
130 Wettbewerb in Entwicklungsländern (siehe Ziff. 9)

131 - ein umfassendes **Reformpaket** gegen die bereits manifeste
132 **Plastikverseuchung** von Land und Meer, auch durch
133 Lebensmittelverpackungen und menschliche Verbrauchsmaterialien, z.B.
134 Hautpflegeprodukte, ebenso gegen bereits durch sie verursachte Umwelt-
135 und Gesundheitsschäden zu verabschieden und umzusetzen

136 - ein umfassendes Konzept gegen **Natur- und Ressourcenverbrauch** auch
137 in Deutschland zu verabschieden und umzusetzen. In diesem Rahmen
138 muss eine **konsequente Kreislaufwirtschaft** erzielt werden, in welcher zu
139 schützende **Ressourcen angemessen bepreist** werden.

140 - **internationale Handelsabkommen** so zu fassen, dass sie die deutsche
141 und europäische **Justiz nicht umgehen** oder in ihrer materiellen
142 Kompetenz beschneiden, den für Deutschland entwickelten und
143 **erforderlichen** Qualitäts-, Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht
144 aushebeln und den **Staatshaushalt** des Empfängerlandes **nicht als Geisel**
145 für den Ausgleich marktwirtschaftlicher Risiken nehmen.

146

147 **7. Bildungsoffensive erfolgreich ins Ziel bringen**

148 Eine konsistente Bildungsoffensive ist einzuleiten und erfolgreich ins Ziel zu bringen.

149 Die Lehrer*innentätigkeit darf nicht durch Missstände, wie z.B. Bürokratisierung und
150 Personalmangel, gebremst werden. Die verantwortlichen Instanzen haben ihre
151 **Führungsaufgabe** für die ergebnisorientierte Unterrichtsqualität ernst zu nehmen.

152 Dazu gehört es, eine nachhaltige Nachwuchspolitik zu betreiben und eine
153 entsprechende Vergütung, Führungsprinzipien, Fortbildungsqualität mit

154 Aufstiegschancen sowie Offenheit für qualifizierte Quereinsteiger*innen zu schaffen.
155 Ein Fokus sollte hierbei auf der Sekundarstufe 1 liegen.

156 **Künstliche Hürden** wie eine eingeschränkte Mobilität durch fehlende
157 Wechselmöglichkeiten zwischen Schulen und Bundesländern müssen beseitigt
158 werden. **Die bundesweite Versorgung mit den notwendigen** Ressourcen muss
159 gesichert werden, damit die Lehre qualitativ und zeitlich abgesichert wird – zum
160 Wohle der Schüler*innenschaft.

161 **Kein Kind zurückzulassen muss konsequent umgesetzt werden.**

162 Der **Investitionsstau** im Bereich der **Schulbauten** ist aufzulösen und die
163 **Digitalisierung** auf der Basis **pädagogischer Grundsätze** beschleunigen und für
164 privatisierte Angebote dem Kontrollbedarf zu entsprechen.

165 Darüber hinaus ist die **Fort- und Weiterbildung** für das geforderte lebenslange
166 Lernen **systematisch** neu aufzustellen, auch bezüglich der **non-formalen und**
167 **informellen Bildung**. Sie richtet sich nach anderen Zielsetzungen,
168 Organisationsformaten und Einstiegsbedingungen. Sie findet dem Grunde nach
169 bereits auf vielen Feldern statt, benötigt allerdings die Vervollständigung und
170 Systematisierung der Formate. Es braucht dazu Klassifizierungen für die
171 Lerngegenstände und -erfolge, die arbeitsmarktbezogene Zuordnungen nach dem
172 Europäischen wie dem Deutschen Qualifikationsrahmen ermöglichen. Die schon seit
173 einem Jahrzehnt dauernde Lähmung dieser Entwicklungsprozesse ist durch eine
174 **umfassende und gezielte politische Initiative** gemeinsam mit den Ländern, den
175 Akteuren der Wirtschaft und Zivilgesellschaft und dem gesamten Bildungssystem zu
176 überwinden.

177

178 **8. Infrastruktur der Zivilgesellschaft sichern**

179 Die unverzichtbare Kraft der Zivilgesellschaft für ein zukunftsfestes Land braucht gute
180 Rahmenbedingungen und flankierende Hilfen. Diese sind, z.B. mit dem konkret
181 erörterten Engagement- und Demokratiegesezt, baldmöglichst auf den Weg zu
182 bringen, insbesondere durch

183 - **finanzielle Grundfinanzierung** für verlässliche und qualifizierte, **nicht**
184 **wettbewerbsgetriebene und umfassend gemeinsam informierte**
185 **Anlauf-, Beratungs- und Vermittlungsstellen**, nicht nur für die
186 Teilnehmer*innen aus der Zivilgesellschaft, sondern auch an den

- 187 Schnittstellen zu den Verwaltungen und der Wirtschaft mit ihren
188 Unternehmen und Organisationen,
- 189 - Fundierung eines **gemeinsamen Curriculums** für ein **sektorübergreifend**
190 **gutes hauptamtliches Freiwilligenmanagement** nach **professionellen**
191 **Maßstäben** in zivilgesellschaftlichen Infrastruktureinrichtungen.
192 Durchzuführen wäre dieser Prozess **partizipativ und transparent** etwa
193 unter Moderation der Bundeszentrale für politische Bildung und unter
194 Einschluss von Wissenschaft und Praxis,
 - 195 - in der Umsetzung unterstützte Grundsätze, dass
 - 196 ■ für bürgerschaftliches Engagement neben den Interessen der Einzelnen
197 zur Förderung des Gemeinwohls insbesondere deren **Qualifikation**
198 besondere Aufmerksamkeit gebührt,
 - 199 ■ erforderliche **Bildung** dafür unabhängig vom eigenen Geldbeutel
200 **erreichbar sein muss**,
 - 201 ■ die erforderliche allgemeine **Information**, z. B. über Handlungsfelder
202 und Akteure, in der Hand der Zivilgesellschaft (Plattformen) liegt,
 - 203 ■ für das **Zusammenspiel** von **Verwaltungen, Unternehmen** und
204 **Zivilgesellschaft Regeln und Verfahren** anzustreben sind, die über
205 den Einfluss einzelner hinausgehen und die **Qualität der**
206 **synergetischen Strukturen zwischen den beteiligten Sektoren**
207 festigen, auch auf dem Gebiet der Bildung,
 - 208 - Verstetigung des **Abbaus bürokratischer Hürden**, z.B. bei Förderanträgen
209 ähnlich wie bereits in der Corona-Pandemie.
- 210 All dies setzt neben dem persönlichen Einsatz, der Initiative und Gestaltungsfähigkeit
211 der in der Zivilgesellschaft Engagierten und ihrer gemeinnützigen Organisationen auch
- 212 - systematische **Unterstützung durch die öffentliche Hand ohne**
213 **inhaltliche Einflussnahme** für eine hinreichende, **flankierende**
214 **Infrastruktur**,
 - 215 - die Bereitschaft der Wirtschaft, der Verwaltungen und der Zivilgesellschaft
216 zur **konstruktiven Zusammenarbeit** in einzelnen Betätigungsfeldern,
 - 217 - die Zusammenarbeit **kommunaler Unternehmen** in ihrer besonderen Rolle
218 mit der Zivilgesellschaft mit Blick auf die Erstellung **öffentlicher Güter**, etwa
219 gegen den Klimawandel und

- 220 - die **steuerrechtliche Beseitigung der Zweifel** an der **Gemeinnützigkeit**
221 zivilgesellschaftlicher Organisationen voraus, wenn ihre Tätigkeit **politische**
222 **Bezüge** hat (Ziff. 10 a.E.).

223 Dies und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in gemeinsam besser lösbare
224 Entscheidungsvorgänge der Verwaltungen sollten grundsätzlich durch **Rahmenrecht,**
225 **vom Bundesgesetz bis hin zu Satzungen der Kommunen,** gestützt und seine
226 Belebung durch infrastrukturelle Pilot- und Modellprojekte mit bundesweiter
227 Signalwirkung gefördert werden.

228

229 **9. Konsistente Eine-Welt-Politik voranbringen**

230 Für eine konsistente Eine-Welt-Politik ist eine umfassendere Initiative unverzüglich,
231 konkret und ambitioniert einzuleiten. Sie hat das Gesamt- Paket dieses Antrags mit
232 einer weitentwickelten Eine-Welt-Politik (z.B. anknüpfend an einige NGO-Ansätze)
233 und EU-Politik für möglichst widerspruchsfreie Anreize für nachhaltige,
234 partnerschaftliche Eigenentwicklungen der Entwicklungs- und ggf. Schwellenländer zu
235 verknüpfen, auch zum Klimaschutz und der Wirtschaftsförderung.

236 Ziele sind u.a. die

- 237 - **Flankierung der Eigenentwicklungen** insbesondere der
238 Entwicklungsländer über die bisher noch immer unzureichende
239 Entwicklungspolitik hinaus,
240 - Konsolidierung des Netzes möglicher **Handelspartner der Zukunft,**
241 - Beseitigung der **Fluchtursachen** und es daraus folgenden
242 Bewältigungsdrucks in Deutschland.

243 Als Wege dahin sollen einbezogen werden die

- 244 - **Zuweisung der Einnahmen** aus den künftig steigenden **EU-CO₂-**
245 **Zertifikaten** an einen ausschließlich der Entwicklung von
246 **Entwicklungsländern dienenden Fonds** unter internationaler
247 Verwendungskontrolle mit Hilfe der einspeisenden Länder,
248 - Reform der **EU-Landwirtschaftspolitik** zur **Beseitigung destruktiver**
249 **Marktbeeinflussungen in Entwicklungsländern,** wie sie etwa durch
250 Importe EU-subventionierter Landwirtschaftsprodukte (z.B. Kartoffeln, Milch
251 und Zwiebeln) in diesen Ländern herbeigeführt worden sind,
252 - **Handelsverträge auf Augenhöhe** unter Berücksichtigung der
253 Entwicklungsziele und **Vermeidung einer Entwicklungspolitik als**

254 **verlängerter Arm der deutschen Wirtschaftspolitik** um jeden Preis für
255 das Empfängerland

256 - **weitere Beratung** von Entwicklungsländern hinsichtlich der die **Autarkie**
257 **für positive Entwicklungen** bedrohenden ausländischen Einflüsse auf die
258 dortige nationale Politik und Wirtschaft.

259

260 **10. Finanzierung mit Augenmaß**

261 An den bisher unterbelichteten Punkten des Steuersystems ist anzusetzen. Hierzu
262 stellen wir fest, dass

263 - **starke Schultern mehr** tragen können als andere Schwache, zumal sie teils
264 beträchtlich von den öffentlichen Gütern profitiert haben

265 - **Arbeit und Produktivität eher zu entlasten sind. Spekulationen** mit von
266 der realen Wirtschaft abgekoppeltem **Wertpapierhandel** und
267 Extraeinkommen aus Wertpapieren und sonstigem Vermögen müssen
268 dagegen **stärker belastet werden.**

269 - Die jährlich hohen Milliardenbeträge an **Steuerhinterziehung und**
270 **Geldwäsche** sind konsequenter für den Staatshaushalt **zurückzuholen.**

271

272 **Ansatzfelder**

273 - **Umsatzsteuer:** Eine stärkere Differenzierung zur Steuerung nach sozialen
274 Zielen und eine strenge Ausdünnung von Privilegierungen durch einzelne
275 geringere Sätze

276 - **Finanz-Transaktionen:** auf einer angemessenen Ebene Besteuerung von
277 Finanztransaktionen, die sich nicht an realen Wirtschaftsvorgängen
278 orientieren, sondern auf Spekulation ausgerichtet sind, die die
279 Vermögensverhältnisse ohne eigene materielle Arbeit weiter unerwünscht
280 auseinandertreiben oder die in ihren Auswirkungen das Finanzsystem
281 zudem massiv gefährden (siehe Finanzkrise 2008 ff)

282 - **Wertsteigerungen Grund und Boden:** Bei Ausweisungen von
283 Baugebieten erhält die Kommune, wenn sie nicht Besitzerin der Fläche ist,
284 die Hälfte der nachweislichen Bodenwertsteigerung

285 - **Wertsteigerungen bei Immobilien:** Einführung einer Abgabe für
286 Wertsteigerungen nicht selbstgenutzter Immobilien, die nicht auf realer
287 persönlicher Leistung beruhen, unter Abschaffung der Spekulationsfrist

- 288 - **Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuern:** Eine überfällige
289 Korrektur des „Mittelstandsbauches“, generelle Senkung bei geringeren
290 Einkommen/Erhöhung bei hohen, mit Wiedereinführung der von der
291 Schröder-Regierung abgesenkten Spitzensteuersätze auf dem zuvor noch
292 auch unter der Kohl-Regierung geltenden prozentualen Niveau oder darüber
293 hinaus ab höherer Schwelle, einschließlich der Besteuerung von
294 Wertpapiergeschäften, unter Wegfall der bisherigen, niedrigeren
295 Abgeltungssteuer, Schließung von unerwünschten **Steuerlücken**, von
296 denen vor allem die ohnehin schon vermögenden Begünstigten besonders
297 profitieren können, Klarstellung der Gemeinnützigkeit satzungsgemäß
298 gemeinwohlorientierter, explizit politischer Aktivitäten für satzungsgemäße
299 Ziele von Organisationen aus der Zivilgesellschaft (Instrumentengleichheit
300 mit Lobby- und Werbungskosten der Wirtschaft)
- 301 - Erhöhung der **Erbschaftssteuer**, auch durch Begrenzung der für die
302 Betriebe geltenden Erleichterungen auf Notsituationen
- 303 - **Einführung von weiteren Anreizen:** Neben Ge- und Verboten und
304 Sanktionierungen herkömmlicher Art sollte für **den Schutz von Klima,**
305 **Umwelt, kostbaren Rohstoffen, die Schaffung preiswerter Wohnungen**
306 **und andere wichtige gemeinwohlbezogene Ziele auf Tätigkeitsfeldern**
307 **der Privatwirtschaft** eine Wirtschaftsweise mit Anreizen versehen werden,
308 die Mensch und Natur in den Mittelpunkt stellt (u.a. empfindlichere
309 Bepreisung für den Verbrauch natürlicher Ressourcen und forcierte CO2-
310 Bepreisung). Die Anreize für breite Produktion und Einsatz nachhaltiger
311 erneuerbarer Energien sind auszubauen. Ein weiteres Instrumentarium zur
312 Steuerung erwünschter ökonomischer, auf das Gemeinwohl Rücksicht
313 nehmender Entscheidungen, die nicht schon gesetzlich vorgeschrieben
314 sind, sollte geprüft werden
- 315 - **ggf. weitere Vermögensabgabe als Lastenausgleich**, wenn anderenfalls
316 eine vertretbare staatliche Verschuldungsgrenze überschritten wird. Einem
317 Trend „Stiftung statt Steuer“ ist entgegenzuwirken.
- 318 - **Rückforderung** gewährter staatlicher **Leistungs- oder Fördermittel** bei
319 **Steuerhinterziehung** durch den Empfänger

320 - **Steuerrechtliche Klarstellung der Privilegierung von gemeinnützigen**
321 **Organisationen**, auch soweit für deren Arbeit im Rahmen ihrer Zwecke
322 politische **Bezüge** bestehen.

323

324 **Begründung:**

325

326 Der SPD-Bundesparteitag 2019 hat Beschlüsse zur sozialen Gerechtigkeit gefasst. Hier wurde
327 soziale Gerechtigkeit als gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an gesellschaftlichen,
328 wirtschaftlichen und kulturellen Prozessen unabhängig von der persönlichen, wirtschaftlichen
329 Lage festgeschrieben. Der Staat muss deshalb seinen Bürger*innen diese Teilhabe in
330 strukturell oder biografisch bedingten Notlagen ermöglichen.

331 Soziale Sicherheit fördert auf alle Lebensbereiche ausstrahlenden sozialen Frieden. Dieser ist
332 jedoch dadurch gefährdet, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird und die
333 Mittelschicht abzusinken droht.

334 Auch die Chance auf Lebensqualität, deren zentrale Bedeutung wir seit den siebziger Jahren
335 nach und nach aus den Augen verloren haben, ist ein Teil dieser sozialen Gerechtigkeit. Sie
336 braucht einen starken, demokratischen Staat, der die Menschen schützt, die bestmögliche
337 Bildung für alle sichert und auf die menschlich beeinflussbaren Rahmenbedingungen für
338 gesunde Ernährung Einfluss nimmt. Auch bezahlbares Wohnen, eine intakte Umwelt, ein
339 nachhaltiger Umgang mit lebensnotwendigen Rohstoffen und anderen Lebensgrundlagen
340 sowie ein erträgliches Klima müssen durch den Staat ermöglicht werden. Zugleich muss dieser
341 Sorge tragen für ein gutes Bildungssystem lebenslangen Lernens, für die Infrastruktur der
342 Zivilgesellschaft, die wirksame Kontrolle der Wirtschaft gegen Verletzungen des zulässigen
343 Handlungskorridors, die Finanzierung seiner Ausgaben nach persönlicher steuerlicher
344 Leistungskraft und für die Zusammenarbeit aller Länder der Welt auf Augenhöhe. Zu den alles
345 andere dominierenden Fragen der Digitalisierung und des Klimawandels siehe Ziff. I 6 am
346 Anfang.

347

348 Diese Ziele für eine soziale Gesellschaft und eine soziale Marktwirtschaft können nur in der
349 Gesamtschau der Wirkungen guter oder schlechter Zustände erreicht werden. Die Qualität
350 staatlichen Handelns ist durch die Gewaltenteilung als unabdingbare Voraussetzung
351 vorgegeben. Angesichts komplexer Zusammenhänge wird entsprechender Erfolg nur in einem
352 großen Anlauf zu einem Gesamtpaket möglich sein.

353 Zudem steht die SPD vor der Aufgabe, ihre von den Bürgerinnen und Bürgern als Volkspartei
354 erwartete politische Qualität und Handlungsfähigkeit unter einer zeitgemäßen Parteireform an
355 Haupt und Gliedern nachzuweisen. Nur mit einer gemeinschaftlichen Anstrengung zwischen
356 Politik und Bevölkerung sind drohende Verwerfungen noch abzuwehren. Symbolpolitik

357 schüttet hier nur Öl ins Feuer. Das erforderliche Vertrauen aus der Bevölkerung ist ein
358 wesentlicher Teil dieses Prozesses und die SPD hat inzwischen selbst einiges aufzuholen,
359 wenn es zu einem stillschweigenden und haltbaren Gesellschaftsvertrag kommen soll.
360 Deshalb wird die SPD alle ihre Kräfte einsetzen, um die vorstehenden vorrangigen Ziele zur
361 Sicherung der Zukunft nach der Corona-Pandemie zu erreichen.
362 Der erreichte Wissensstand zu den Problemen ist inzwischen groß. Die Abhilfemöglichkeiten
363 auf all diesen Gebieten sind häufig schon sehr konkret, überzeugend und umsetzbar. Sie
364 werden deshalb hier nicht im Detail ausgeführt. Maßstab für Reformen sind die notwendigen
365 Teilziele nach dem oft längst zahlenmäßig nachgewiesenen Bedarf, aber auch die
366 Gesamtergebnisse für die vorstehend beschriebenen Dimensionen sozialer Politik.
367 Handlungspakete zu schaffen, die auf Wirksamkeit in der Gesamtheit anzulegen sind, ist nicht
368 nur möglich, sondern auch erforderlich. Dazu sind neben vielen anderen Politikbereichen vor
369 allem die einzubeziehen, die teils über den bisherigen qualifizierten Politikhorizont der Partei
370 hinausweisen. Es geht um den Übergang zu einer neuen Phase qualifizierten und
371 verantwortungsbewussten Politikmanagements gegen Bedrohungen menschenwürdigen
372 Lebens in Deutschland und auf der ganzen Welt.

373

374 **Zur Struktur des Antrags**

375 Mit der Corona-Krise wurde allen Beteiligten die gesellschaftliche Relevanz alter
376 sozialdemokratischer Forderungen drastisch vor Augen geführt. Somit besteht nun die
377 Hoffnung, dass die Akzeptanz für gesellschaftspolitische Veränderungen in der Bevölkerung
378 gewachsen ist.

379 Die Corona-Krise hat zudem gezeigt, wie wichtig eine gesellschaftliche Diskussion über
380 Organisation und Struktur der systemrelevanten Aufgaben ist und welche Risiken damit
381 einhergehen, wenn Gewinnstreben einseitig und übermäßig in die Grundversorgung der
382 Gesellschaft eindringt. Hier müssen die Rahmenbedingungen neu verhandelt werden, um die
383 in den letzten Jahrzehnten entstandene Schiefelage wieder zu korrigieren. Die dabei zu
384 bewältigenden Aufgaben sind hochkomplex und eng miteinander vernetzt. Dieser Antrag
385 betrifft eine Reihe von Punkten. Weitere müssen Schritt für Schritt ergänzt werden, um den
386 Aufbau der zukunftsfähigen Gesellschaft breiter voranzubringen.

387 Es ist daher sinnvoll, die einzelnen Antragsforderungen in einen strukturierten Rahmen
388 einzubinden, der Zug um Zug durch weitere Beschlüsse erweitert werden kann und zu einem
389 schlüssigen Gesamtbild zusammenwächst. Dazu wird an das „Kasseler Manifest“ zur sozialen
390 Gerechtigkeit angeknüpft - wie vom BPT 2019 als Antrag Beschlussbuch T 2 teils beschlossen,
391 teils an die Bundestagsfraktion überwiesen. Die Erfahrungen dieses Jahres weisen erneut
392 darauf hin, dass der Rahmen dieses „Kasseler Manifests“ erweitert werden muss, um die
393 Gesamtheit der Aufgaben sinnvoll einordnen zu können.

394 Die einzelnen staatlichen Ziele, etwa guter Bildung, guter Arbeit, gesicherten
395 Lebensunterhalts, konsequenten Klimaschutzes oder gerechter Lastenverteilung sind
396 zunächst je für sich mit den jeweils geeigneten Mitteln zu realisieren. Zugleich liegen vielfältige
397 verträgliche Synergien zwischen einzelnen Zielen nahe. So sind beispielsweise die Corona-
398 Hilfen eine Möglichkeit, einen branchenspezifischen Transitionsprozess (z.B. Umstieg auf E-
399 Mobilität etc.) einzuläuten.

400 Die Ziele dürfen sich jedoch nicht gegeneinander ausschließen. So dürfen die Sicherung von
401 Arbeitsplätzen und der Umwelt- und Klimaschutz niemals gegeneinander ausgespielt werden.
402 Konkret: Das Hinausschieben des Klimaschutzes in der bereits höchst bedrohlichen Situation
403 kann für sich kein Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen sein. Auch hier sind Synergie- und
404 Transitionseffekte zu nutzen, aber letztlich gesonderte Instrumente einzusetzen.

405

406 **Zu den Themen**

407 Durch die Corona-Krise wurden viele bekannte Missstände wieder in das Rampenlicht gestellt.
408 Deutschland weist einen hohen Reformbedarf in Zukunftsbereichen auf, der nicht durch eine
409 einzige Reform korrigiert werden kann. Bei allen bisherigen Erfolgen der SPD wird ihre Politik
410 dem nur unvollständig gerecht. Neue Sichtweisen und Instrumente sind erforderlich, um den
411 großen Herausforderungen auf verschiedensten Gebieten künftig entsprechen zu können. Die
412 Überwindung der Krise, die uns wohl noch einige Zeit beschäftigen wird, muss jetzt mit
413 weiteren notwendigen Reformschritten verbunden werden.

414 Die in diesem Papier ausgeführten Forderungen erheben nach teils jahrzehntelangen
415 Diskursen nicht den Anspruch auf Originalität, sondern auf Umsetzung. Die Reihenfolge der
416 Auflistung ist dabei zweitrangig. Auch hier möchten wir noch einmal betonen, dass die
417 beschriebene Problemlage nicht mit symbolpolitischem Klein-Klein zu lösen ist.

418 Vielmehr gilt es, die Ziele bei Konzentration auf das Wesentliche so klar zu definieren, dass
419 sich die Details grundsätzlich aus der Logik des jeweiligen Ziels in synergetischer Verbindung
420 zu anderen genannten Zielen ableiten lassen. Entscheidend für die Qualität der Ergebnisse
421 und damit die Attraktivität sind Lösungsbeiträge echter, mehrheitlich aktuell empfundener
422 Probleme in den Augen der informierten Bevölkerung. Kompass ist die Bedarfsgerechtigkeit
423 der Schritte und Ergebnisse der Politik in den wesentlichen, aktuellen Fragen.

424 Es geht dabei nicht um Pauschalkritik an den Zuständen. Es wird immer sehr gute
425 Funktionsträger*innen, Verfahren und Behörden geben. Vielmehr sind verbreitete Defizite
426 Anlass für die nachvollziehbare, verständliche Kritik am Status quo. Dabei kann an die
427 Vorbilder und guten Beispiele zu politischer Weitsicht, Entscheidungskraft und vor allem
428 Verantwortungsbewusstsein für das Ganze ermutigend angeknüpft werden.

429 Dies alles müssen die Menschen positiv am eigenen Leibe erwarten und erfahren können.
430 Dabei ist mehr Offenheit für die individuellen Situationen der Menschen erforderlich.

431 Die konsequente, qualifizierte Auseinandersetzung mit inakzeptablem Lobbyismus aus
432 verschiedensten Richtungen darf dabei nicht gescheut werden, der Weg des geringsten
433 Widerstandes nicht die Parade bestimmen.

434 Vorrangig gilt die Aufmerksamkeit der Entwicklung in Deutschland. Europäische und
435 internationale Kontexte sind selbstverständlich zu berücksichtigen.

436

437 **Zur Rolle der SPD**

438 Die SPD hat ihre Ziele zu justieren, um auf der Höhe der Zeit, begründet, nachvollziehbar,
439 zuverlässig und mit Realisierungswillen aufzutreten. Sie muss sich dabei mit den besten
440 Expertinnen und Experten und der Parteibasis über die aktuellen offensichtlichen Defizite
441 hinwegsetzen.

442 Der Zukunftsentwurf muss das Vertrauen der Wähler*innen in die SPD als Volkspartei der
443 sozialen Gerechtigkeit zurückgewinnen. Dazu ist klassische Klientelpolitik zu wenig. Der
444 Programmdiskurs aus Anlass der Bundestagswahl 2021 muss deshalb in einen
445 umfassenderen „Wurf“ münden, der überzeugende Antworten auf die drängenden Fragen
446 unserer Zeit anbietet.

447 Aufgabe der Partei und ihrer Funktionäre ist zunächst die Analyse der politischen,
448 wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation. Die SPD wird aber nur über ihr Handeln
449 entscheiden können, ob sie nach und nach weiter in die Bedeutungs- und Einflusslosigkeit
450 sinken oder die berechtigten und wohlverstandenen Anforderungen der Bevölkerung in
451 individuell und gesellschaftlich schwierigen Zeiten hinreichend realisieren und bei der
452 Bevölkerung dafür werben will. Insgesamt ist damit eine Erwartung an die Führungsrolle der
453 SPD nicht zuletzt an der Parteispitze verbunden, die über die in der jüngsten Vergangenheit
454 erkennbaren Potenziale spürbar hinausgeht.

455 Ob die Einsicht und die Kräfte dazu ausgereicht haben, werden die Wählerinnen und Wähler
456 entscheiden. Wichtig ist es daher, diesen ab sofort wieder besser zuzuhören. Es geht um den
457 Nachweis der Fähigkeit zu überzeugender politischer Führung. Der Weg dahin ist inzwischen
458 lang geworden – weit über eine Wahlperiode hinaus.

459 Wo immer die SPD in der Vergangenheit Regierungsverantwortung übernehmen konnte, war
460 ein solches, durch Glaubwürdigkeit gewinnendes Programm entscheidende Voraussetzung.
461 Die Realisierung dieses Programms ist sowohl politisch als auch operativ in der erwarteten
462 hohen Qualität und Breite ernsthaft anzustreben und mit überzeugenden Köpfen zu
463 verkörpern, damit das „Wahlvolk“ die SPD wieder zur Volkspartei machen kann. Denn dazu
464 muss sie von weiten Teilen der Bevölkerung wieder als wesentlich und zumindest partiell
465 alternativlos betrachtet werden. Die Wahlperioden mit großen Koalitionen haben das
466 inhaltliche Profil der SPD nicht gestärkt, aber dafür den Wähler*innenanteil nachweislich
467 gesenkt.

468 Die thematischen Punkte sollen deshalb das politische Profil der SPD wieder deutlich schärfen
469 und langfristig den angefallenen Reformstau auflösen. Hierfür werben wir um Eure
470 Unterstützung.

Mitgliederversammlung am 17. April 2021

Antrag Nr. B 7

Antragsteller: SPD-Ortsverein Philippinenhof/W.

Adressat: An die Bundespartei

Betrifft: Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahr

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die Marktforschungsplattform Appinio hat in einer Umfrage festgestellt, dass die
- 2 Überwiegende Mehrheit der jungen Deutschen der Meinung sind sie sollten ihrem
- 3 Land etwas geben. Deshalb stimmten die meisten für ein verpflichtendes soziales
- 4 Jahr. Wobei auch die Möglichkeit des Wehr- oder Wehersatzdienstes bei Polizei,
- 5 THW ect. möglich sein soll. Die Aufgabe der Wehrpflicht hat seinerzeit auch zu
- 6 Verwerfungen bei den ehrenamtlichen nichtmilitärischen Dienten geführt. Auch die
- 7 Pflegedienste und Rettungsdienste hatten plötzlich zu wenig Personal. Dieser
- 8 Umstand ist leider immer noch so.

9

Begründung:

11

12 Erfolgt mündlich.

Mitgliederversammlung am 17. April 2021

Antrag Nr. B 8

Antragsteller: SPD-Ortsverein Philippinenhof/W.
Adressat: An die Bundespartei
Betrifft: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik für Europa

angenommen abgelehnt überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Bundespartei dazu auf das Ziel der gemeinsamen Außen- und
- 2 Sicherheitspolitik für Europa in ihr Programm aufzunehmen. Hierzu zählt
- 3 gemeinsames außenpolitisches Handeln sowie sicherheitspolitische
- 4 Zusammenarbeit auf Polizeilicher wie militärischer Ebene.

5

6 **Begründung:**

7

8 Europa ist außenpolitisch wie militärisch abhängig von den USA. Die Außenpolitischen
9 Interessen der USA und Europas sind jedoch nicht immer deckungsgleich. Dies zeigt sich in
10 der derzeitigen Situation, zeigte sich jedoch auch schon bei Präsident Obama, der seinen
11 Fokus auf Asien legte. Die Flüchtlingsbewegung in 2015 war kein Einzelereignis, sondern
12 hat seinen Ursprung in der vorhersehbaren Entwicklung der Konflikte in Nordafrika sowie des
13 daraus folgenden Elends in den Flüchtlingslagern durch Mangelernährung, was Europa in
14 grandioser Weise falsch einschätze. Die Notsituation in 2015 hat Deutschland dazu
15 veranlasst die Südeuropäischen Länder zu entlasten, weil es sonst zu ernsthaften
16 europäischen Zerwürfnissen hätte kommen können und auch das Elend der Flüchtlinge
17 maßlos verschlimmert hätte. Der Ruf Europas als soziale Union wäre ebenso ramponiert
18 gewesen. Die Unfähigkeit Europas eine gemeinsame außenpolitische Strategie zu
19 entwickeln, welche auch gemeinsame militärische Anstrengungen beinhaltet, hat dazu
20 geführt, das die gesamte Region Nordafrikas von der Türkei, von Russland und seinem
21 Verbündeten Assad sowie der Hisbolla kontrolliert wird. Europa hat seine natürliche
22 Einflussphäre direkt vor der eigenen Haustür verloren. Mittlerweile schützt Europa seine
23 Außengrenzen gegen Flüchtlinge so gut es geht ab und ist dazu Bündnisse mit Autokraten
24 und Verbrechern eingegangen. Leittragende sind vor allem Frauen und Kinder. Ziel muss es
25 sein, zu einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik zu kommen, die auch eine
26 militärische Option beinhaltet, ansonsten macht es auf Kriegsfürsten und Autokraten, die ihre
27 Macht und ihren Einfluss auf Chaos und Unruhe begründen keinen Eindruck.

Mitgliederversammlung am 17. April 2021

Antrag Nr. B 9

Antragsteller: SPD-Ortsverein Philippinenhof/W.

Adressat: An die Bundespartei

Betrifft: Plastikmüll, Regulierung des Exportes

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die Bundesregierung wird aufgefordert sich über das „Basler Übereinkommen über
- 2 die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer
- 3 Entsorgung“ bei Plastikabfällen von niedriger Qualität, also beispielsweise
- 4 Plastikmüllgemische, zu dessen stärkerer regulieren einzusetzen.

5

6 **Begründung:**

7

- 8 Deutschland exportiert jährlich gut eine Million Tonnen Plastikabfälle im Wert von circa 325
- 9 Millionen Euro. Dies entspricht knapp 20% des insgesamt in Deutschland erzeugten
- 10 Plastikabfalls. Importländer sind: Malaysia, China, Indien, Indonesien und Vietnam. Es wird
- 11 ein Teil der Exporte in die Niederlande nach Asien weitergeleitet. Weitere Importländer sind:
- 12 Tschechien, Bulgarien, Rumänien, Slowenien und die Türkei.
- 13 Derzeit gilt Plastik noch als ungefährlicher Abfall. Plastikmüllgemische sind jedoch kaum zu
- 14 recyceln und werden in den Zielländern zu einem großen Anteil verbrannt, deponiert oder
- 15 landen wild in der Natur. Sortierte Plastikabfälle sollten nur unter strengen Kontrollen
- 16 exportiert werden dürfen. Dem Näheprinzip der Kreislaufwirtschaft folgend muss Europa
- 17 seine Abfälle selbst verwerten können und zwar möglichst nah am Entstehungsort. Eine
- 18 Regulierung der Plastikmüllexporte hätte positive Effekte sowohl in den Einfuhr- als auch in
- 19 den Herkunftsländern. In den Importländern verringern sich die negativen ökologischen und
- 20 sozialen Folgen, die mit dem Import von Plastikabfällen einhergehen. Wenn deutscher
- 21 Plastikabfall nicht mehr nach Asien exportiert werden kann, erhöht sich der Handlungsdruck,
- 22 Abfälle zu vermeiden und die Sortier- und Recyclingstrukturen innerhalb Deutschlands
- 23 auszubauen.

Mitgliederversammlung am 17. April 2021

Antrag Nr. B 10

Antragsteller: Unterbezirksausschuss

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag
SPD-Bezirksparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Abkehr vom Fallpauschalensystem einleiten

angenommen abgelehnt überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Gesundheit gehört zur staatlichen Daseinsvorsorge. Aufgabe der Krankenhäuser ist
- 2 die Sicherstellung dieses staatlichen Versorgungsauftrags. Hierzu müssen
- 3 Krankenhäuser
- 4
- 5 • eine **auskömmliche Finanzierung** erhalten,
- 6 • die eine **sparsame Bewirtschaftung** sicherstellt,
- 7 • gleichzeitig aber **gute Qualität** sowie
- 8 • **gute Arbeitsbedingungen und Löhne** für die Beschäftigten garantiert.
- 9
- 10 Dieses Spannungsfeld ist nicht einfach zu lösen.
- 11 Die Diskussion, wie eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung gelingen und
- 12 Fehlanreize des Fallpauschalensystems verhindert werden können, muss durch die
- 13 SPD vorangetrieben werden. Hierbei kann es nicht darum gehen, weitere
- 14 Korrekturen am System vorzunehmen. Die Fehlanreize des Systems können nur
- 15 durch eine Abkehr vom System erreicht werden.
- 16 Bei alledem bleiben wir dabei, die Behandlung „**ambulant vor stationär**“ zu
- 17 befördern. Im internationalen Vergleich behandeln wir viel zu viele Fälle im
- 18 Krankenhaus.
- 19 Bei der Entwicklung eines Alternativsystems zur laufenden Krankenhausfinanzierung
- 20 sollen für uns **folgende Grundsätze** gelten:

- 21 • Es gilt die Wettbewerbsorientierung zurückzudrängen, ohne sämtliche
22 Wirtschaftlichkeit aufzugeben. Die gesetzliche Krankenversicherung finanziert sich
23 aus Zwangsbeiträgen ihrer Mitglieder. Schon deswegen ist mit diesen Mitteln
24 wirtschaftlich und zielgerichtet umzugehen.
- 25
- 26 • Kein Krankenhaus ist wie das andere. Jedes Krankenhaus muss die Mittel erhalten,
27 die zu dem spezifischen Versorgungsauftrag des Krankenhauses passen. Das
28 Budget muss sicherstellen, dass der Versorgungsauftrag umgesetzt werden kann.
29 Hierbei sind die Versorgungslage in der Region und besondere Patientengruppen zu
30 berücksichtigen.
- 31
- 32 • Hierzu benötigen wir eine viel klarere und verbindlichere Krankenhausplanung, die
33 über Landesgrenzen hinweg denkt, qualitätsfördernde Konzentrationen wie Zentren
34 und Vernetzung auch mit ambulanten Strukturen weiter befördert sowie
35 insbesondere teure Geräteinvestitionen wieder beplant.
- 36
- 37 • Gesundheit gibt es nicht zum Nulltarif. Ein Krankenhaussystem, das die beste
38 Versorgungsqualität bietet, das Personal anständig bezahlt und individuell auf die
39 Patientinnen und Patienten eingeht, kostet Geld. Bei dieser zentralen staatlichen
40 Aufgabe, müssen Steuermittel des Bundes eingesetzt werden.
- 41
- 42 • Lehren aus der Pandemie: Für Krankenhäuser müssen Vorhaltekosten finanziert
43 werden, damit im Ernstfall ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen.
- 44
- 45 • Krankenhäuser sind kein Ort für Profite. Das einige Krankenhausketten riesige
46 Summen an Aktionäre ausschütten, ist nicht akzeptabel. Krankenhäuser müssen
47 sich grundsätzlich am Gemeinwohl und nicht ökonomischen Interessen ausrichten.
48 Wir überprüfen daher Lösungen wie Profitdeckelung und Vorgaben hinsichtlich der
49 Trägerschaften bzw. Betriebsformen von Krankenhäusern.
- 50
- 51 • Kurzfristig ist das Fallpauschalensystem für Kinder und Jugendliche auszusetzen,
52 um die systematische Unterfinanzierung dieser Gruppe und daraus folgenden
53 Fehlanreizen abzustellen. Kinder und Jugendliche benötigen eine hoch
54 individualisierte medizinische Behandlung und besondere persönliche Zuwendung
55 durch Pflegekräfte und Ärzte. Tatsächlich decken die diagnosebezogenen

56 Fallpauschalen (DRG) bei geringen Fallzahlen in den Krankenhäusern, wie sie in der
57 Fläche in der Kinder- und Jugendmedizin auftreten, die Vorhaltekosten bei weitem
58 nicht ab.

59

60 **Begründung:**

61

62 Erfolgt mündlich.

Mitgliederversammlung am 17. April 2021

Antrag Nr. O 1

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: Jusos Hessen-Nord
Jusos Hessen
Jusos Bund
SPD Kassel
SPD Hessen-Nord
SPD Hessen
SPD Bund

Betrifft: Genoss*innen effektiver vor rechten Einschüchterungsversuchen schützen.

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Jeden Tag engagieren sich mutige Jungsozialist*innen und Sozialdemokrat*innen
- 2 gegen rechten Hass und rechte Hetze. Wir verteidigen Grundwerte auf der Straße,
- 3 im Netz, in Vereinen und Initiativen und engagieren uns in Politik und Gesellschaft für
- 4 Vielfalt und Akzeptanz. Sich für Grundwerte einzusetzen und Gesicht und Haltung zu
- 5 zeigen, wird aber zunehmend gefährlicher. Dabei sind es immer noch zu wenige
- 6 Menschen die sich gegen rassistische, antisemitische und nationalsozialistische
- 7 Propaganda einsetzen. Ein Grund dafür ist sicherlich auch die verständliche Angst
- 8 vor Neonazis und die Hilflosigkeit bei erlebten Gefahrensituationen. Genoss*innen
- 9 geraten immer häufiger ins Visier der rechten Szene. Der Diskurs im Netz entgleist
- 10 und es kommt vermehrt zu rechten Shitstorms, Morddrohungen gegen Aktivist*innen
- 11 und deren Familien, Hass-Mails und Anfeindungen und Bedrohungssituationen.
- 12
- 13 Betroffene Genoss*innen haben in diesem Fall unsere Solidarität. Aber es brauch
- 14 mehr als das. Betroffene von rechter Gewalt sollten bei der SPD auch immer
- 15 Ansprechpartner*innen auf hauptamtlicher Ebene finden. Es brauch professionelle
- 16 und juristische Beratung, Unterstützung im Umgang mit rechtsextremen

17 Bedrohungen und eine Anlaufstelle die praktische und solidarische Hilfe leistet.
18 Genoss*innen die von rechten Einschüchterungsversuchen betroffen sind, müssen
19 wissen, dass sie bei der SPD konkrete Hilfe erhalten und mit ihrer Sorge nicht allein
20 sind. Eine Anlaufstelle, die praktische Hilfe leistet und/oder an unparteiliche
21 Hilfsorganisationen, Kanzleien und Beratungsstellen vermittelt, zeigt Anteilnahme
22 und nimmt die oft erlebte Hilflosigkeit der betroffenen.

23

24 **Begründung:**

25

26 Erfolgt mündlich.